

Leserbrief zu „Stillstand in der Politik“ Ausgabe vom 15.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Kommentar von Herrn Käding ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Die Haltung der Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und Grünen im Stadtrat zu dieser blamablen Ohrfeige durch das Verwaltungsgericht ist erschreckend und beängstigend. Da weist das Kölner Verwaltungsgericht ausdrücklich darauf hin, dass die Übertragung der Befugnisse des Stadtrates auf den Hauptausschuss rechtswidrig war, da die verfassungsmäßigen Mitwirkungsrechte der kleineren Parteien und Einzelvertreter dadurch unverhältnismäßig beschnitten würden, da diese im Hauptausschuss nicht vertreten sind und auch ein Umlaufbeschluss eine korrekte Abstimmung nicht ersetzen kann und was ist die Antwort der Fraktionsvorsitzenden?! Die Schuld für diese Blamage, die eigentlich offensichtlich war, samt weiteren Folgen sucht man nicht bei sich selbst, sondern wirft dem Beschwerdeführer der Klimaliste vor, er würde durch sein Rechtshilfeersuchen „die demokratische Ordnung zerstören und die Politik, die Verwaltung und die Gerichte behindern“. Frau Arnold setzt noch einen drauf, indem Sie mitteilt, dass es nicht sein kann, dass ein Einzelvertreter die Arbeit des Rates derart dominiert. Bei allem Verständnis für parteipolitische Spielchen, diese Äußerungen von Mitgliedern eigentlich demokratischer Parteien, zeugen von einem kruden Demokratieverständnis, dass wohl bei den eigenen parteipolitischen und privaten Vorteilen beginnt und da endet, wo die Opposition Ihre Rechte einfordert. Scheinbar viel zu lange haben diese Parteien selbstverliebt in unterschiedlichen Konstellationen im Stadtrat die Geschicke derselben gelenkt, denn Sie haben es scheinbar verlernt die Rechte der Opposition zu wahren. Man muss es sich vor Augen führen, dass hier nicht die einschlägigen vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen sich so deplatziert geäußert haben, sondern unsere Volksparteien nebst den Grünen. Damit wurde das Vertrauen in die Arbeit dieser Mehrheitskoalition mehr als erschüttert. Nur durch einen sofortigen Rücktritt von Amt und Mandat der Damen und Herren Milanie Kreutz, Roswitha Arnold und Stefan Heibel als handelnde Protagonisten könnten die Parteien Ihren Ruf in Leverkusen einigermaßen retten.

Mit freundlichen Grüßen